

Ulrike Berger MdL

Newsletter 3 (06/2012)



**Liebe Freundinnen, liebe Sympathisanten,
liebe die Gesellschaft Gestaltende,**

die GRÜNE Landtagsfraktion arbeitet weiter recht erfolgreich daran, Themen im Landtag Gehör zu verschaffen, die dort bis zum Herbst letzten Jahres gerne übersehen worden sind. Inzwischen sind dabei im Schweriner Schloss auch die Spuren „grüner Fäden“ zu erkennen.

Einige Themen, die bereits seit Beginn der Legislaturperiode aktuell sind, haben wir in die Beratungen zum Landeshaushalt 2012/13 getragen, um nachhaltige Erfolge und Verbesserungen zu erreichen.

Das betrifft insbesondere die Erhöhung des Reisekostenbudgets für Lehrer_innen, die auskömmliche personelle Ausstattung des Dezernates für Archäologie und Denkmalpflege und die Erhöhung der Zuwendungen an Theater und Orchester des Landes.

Dazu kommen neue Themen, die in den letzten Monaten von Betroffenen und Bürger_innen an uns heran getragen wurden.

Unsere Kontaktdaten:

Ulrike Berger MdL – **Wahlkreisbüro Greifswald**

Steinbeckerstr. 33/34, 17489 Greifswald.

Telefonnummer: 03834/8549122

Frauke Fassbinder: fraktion@gruene-greifswald.de

Kay Karpinsky: kay.karpinsky@gruene-fraktion-mv.de

Sprechzeiten ab 4. Juli zum persönlichen oder telefonischen Kontakt:

Mo 9–12 und 13–17 Uhr

Di 9–12 Uhr

Mi 9–12 und 13–17 Uhr

Do 8–12 Uhr

In den Sommerferien kann es insbesondere nachmittags zwischen dem 26. Juli und dem 3. August zu verkürzten Bürozeiten kommen.

Neu ab dem 1. Juli ist unser Büro in Anklam, das auch von Kreisverband und Kreistagsfraktion genutzt wird. Es befindet sich in der Anklamer Innenstadt direkt neben dem Demokratieladen:

Ulrike Berger MdL – **Wahlkreisbüro Anklam**

Burgstr. 9, 17389 Anklam.

Anna Maria Wesener: amwesener@posteo.de

Kay Karpinsky: kay.karpinsky@gruene-fraktion-mv.de

Sprechzeiten ab 4. Juli zum persönlichen oder telefonischen Kontakt:

Di 10–17 Uhr

Do 10–17 Uhr



Anna Maria Wesener

Aktuelles aus dem Landtag

Thema: Bildung

Bildungspolitischer Konsens Inklusion

Die demokratischen Fraktionen im Landtag haben sich auf ein gemeinsames Vorgehen bei der Umsetzung der Inklusion an den Schulen geeinigt. Die Umsetzung von Vorgaben der UN-Behindertenrechtskonvention soll auf Basis eines möglichst breiten Konsenses erfolgen.

Bildungspolitiker_innen von SPD, CDU, LINKE und Ulrike für die GRÜNE Landtagsfraktion haben dazu eine Vereinbarung unterzeichnet. Sie bekennen sich darin zur schrittweisen Umsetzung eines inklusiven Bildungssystems und zur Schaffung verlässlicher Rahmenbedingungen für Schulen, Lehrer_innen, Schüler_innen und Eltern.

Ein detailliertes Konzept will die Landesregierung in den kommenden Monaten in Zusammenarbeit mit Expertenkommission und Begleitgruppe erarbeiten. Ulrike wird den Weg zur Inklusion als Mitglied der Begleitgruppe unterstützen und kritisch-konstruktiv begleiten. Ein besonderes GRÜNES Augenmerk wird auf die Ausfinanzierung der geplanten Maßnahmen gelegt, nachdem wir die Zusage erreicht haben, dass auch finanzieller Mehrbedarf anerkannt wird.

Bildungspolitischer Konsens Inklusion

Landeshaushalt

Die GRÜNE Landtagsfraktion sieht im Haushaltsentwurf der Landesregierung wenig politischen Gestaltungswillen. Spielraum für sinnvolle Änderungen und Ergänzungen wurde nicht genutzt. Unsere Änderungsanträge, die den Bildungsbereich betreffen, sind:

1. Abminderungsstunden für Klassenleiter_innen und Mentor_innen und daraus folgend neue Lehrer_innenstellen

Die zusätzlich zum Regelunterricht geleisteten Tätigkeiten unserer Lehrer_innen werden nicht ausreichend gewürdigt. Anders als in fast allen anderen Bundesländern sieht Mecklenburg-Vorpommern nicht einmal Abminderungsstunden für Klassenleiter_innen vor. Auch für Mentor_innen in der Referendarsausbildung gibt es keine Entlastung. Wir wollen diese Abminderungsstunden (wieder) einführen und die dafür notwendigen Lehrer_innenstellen neu schaffen. Mit diesem finanziell umfänglichsten aller GRÜNEN Haushaltsanträge zeigen wir auch, wo unsere Prioritäten liegen. Das Bildungsministerium möchte zwar die Lehrer_innen entlasten, sagt aber nicht, wie, da es dafür kein Geld ausgeben möchte.

2. Produktives Lernen

Unter „Produktivem Lernen“ wird die Integration von außerschulischen Tätigkeiten in Gesellschaft und Betrieben in die Bildungsgänge verstanden. Durch Förderung aus dem Europäischen Sozialfonds konnte das Produktive Lernen in Mecklenburg-Vorpommern eingeführt und etabliert werden. Das 2005/06 an sechs Schulen eingeführte Modell ist so erfolgreich, dass es inzwischen auf 27 Schulen ausgeweitet wurde und zur Sicherung der Angebote eine Aufstockung aus Landesmitteln erforderlich ist.

3. Erhöhung der Zuwendungen zur Gemeinschaftsverpflegung an den Universitäten

Nach Gesprächen mit Studierenden in Rostock und Greifswald entstand dieser Haushaltsantrag. Auch SPD und CDU haben inzwischen gemerkt, dass es da ein Problem gibt. Unser Antrag geht aber einen Schritt weiter und verlangt die Aufhebung von Deckungsfähigkeiten. Nur so kann gewährleistet werden, dass das Budget für das Mensaessen nicht angezapft wird, um die BAföG-Verwaltung – eine nicht ausfinanzierte Pflichtaufgabe – zu sichern.

4. Erhöhung Reisekostenbudget für Lehrer

Dieser Antrag war die Konsequenz aus einem kleinem Erfolg zu Anfang der Legislatur, als hier einige Defizite anerkannt werden mussten. Nun wollten wir in dieser Sache auch durch volle Berücksichtigung im Haushalt Konsequenz einfordern, so dass zukünftig wieder alle an den Schulen gewünschten Klassenfahrten möglich werden. Im Gegensatz zur Regierungskoalition wollten wir nicht nur einen Teil der Defizite ausgleichen, sondern den viermal so hohen vollen Betrag von 800.000 Euro einstellen.

5. Landesbauprogramm Inklusion

Die Landesregierung möchte zwar die Inklusion an den Schulen umsetzen, nicht aber die Kosten mittragen, die aufgrund dadurch erforderlicher Baumaßnahmen auf die Schulträger, also auch die Kommunen, zukommen. Wir haben in diesem Antrag vorgeschlagen, ein Landesprogramm aufzulegen, um Kreise und Gemeinden zu entlasten. Dazu ist die Regierung aber offenbar nicht bereit.

Die abschließende Diskussion und Beschlussfassung zum Haushalt findet in der Sitzungswoche vom 19.–21. Juni statt.

Schulverpflegung

Eine Kleine Anfrage ergab, dass die Schulverpflegung an den öffentlichen Schulen des Landes nicht überall zufriedenstellend ist. Es gibt seitens des Landes weder Qualitätsvorgaben noch eine Qualitätsüberprüfung des Schulessens. Die Umsetzung der Qualitätsstandards der Deutschen Gesellschaft für Ernährung (DGE) erfolgt auf freiwilliger Basis bei Schulen und Schulträgern.

Wir sind der Meinung, dass die Landesregierung insbesondere mit der Einführung der Ganztagschule in der Verantwortung steht, eine gesunde Ernährung unserer Kinder zu fördern, und dieser besser nachkommen müsste.

[Link: Kleine Anfrage](#)

Inklusion an Schulen – Kleine Anfrage

Diese Kleine Anfrage sollte insbesondere beantworten, ob dem Ministerium Schulen bzw. Schulträger bekannt sind, die ihre Schulen nach dem System der Inklusion aus- oder umbauen wollen. Außerdem wollten wir wissen, ob und wie Schulen, die inklusiven Unterricht machen oder zukünftig machen wollen, durch das Land unterstützt werden oder ihrerseits dem Land auf dem Weg zur Inklusion mit ihren Erfahrungen helfen können. Die Antworten waren nicht in jeder Hinsicht befriedigend.

Die Inklusion wird die Bildungspolitik dieser Legislaturperiode prägen. Im Rahmen der Gespräche zum Inklusionskonsens und darüber hinaus werden diese Fragen also Thema bleiben.

[Link: Kleine Anfrage](#)

Mentorensystem in der Ausbildung von Referendar_innen

Wir fragten nach Ausgestaltung und Resultaten des Mentorensystems bei der Ausbildung neuer Lehrer_innen. Die Antworten zeigten, dass aufgrund fehlender Steuerung durch das Ministerium (z.B. bei den Mangelfächern Mathematik, Physik, Chemie, Musik und Fremdsprachen außer Englisch) sowie einem mangelnden Interesse an den Problemen aller Betroffenen keine Anreize für Schulen und Lehrkräfte bestehen, Referendar_innen auszubilden. Direkte Folge dieser Anfrage war der Haushaltsantrag zur besseren Anerkennung der Referendarsbetreuung.

[Link: Kleine Anfrage](#)

Schulberichtssystem

Die Schulen des Landes sind verpflichtet, jedes Schuljahr Daten von Schüler_innen und Lehrer_innen zu erfassen und an das Statistische Landesamt weiterzuleiten. Erschwerend kommt hinzu, dass Schulämter und Schulverwaltungsämter auf diese Daten nicht zugreifen können, so dass Mehrfachmeldungen erforderlich sind. Dies erfordert einen hohen bürokratischen und zeitlichen Aufwand für die Schulen. Für Schüler_innen und Eltern steht dabei die Frage der Information und des Datenschutzes im Vordergrund. Die Antworten des Ministeriums lassen erkennen, dass das Ministerium zumindest seiner Informationspflicht bislang unzureichend nachgekommen ist. Unsere Kleine Anfrage scheint das Ministerium aber zum Anlass zu nehmen, die Schüler_innen und Erziehungsberechtigten zukünftig besser über diese Datenerhebung zu informieren. Doch das genügt nicht. Wir sind der Auffassung, dass das derzeitige System als Gesamtes auf den Prüfstand gehört.

[Link: Kleine Anfrage](#)

Finanzierung der Schülerbeförderung

Die Regelungen und noch mehr die Finanzierung der Schülerbeförderung in den Landkreisen sind dermaßen unübersichtlich, dass wir uns zunächst über eine Kleine Anfrage einen Überblick verschafft haben. Dabei zeigte sich, dass eine Überarbeitung mehrerer Regelungen erforderlich ist.

Noch vor der Sommerpause wird daher im Landtag ein GRÜNER Antrag verhandelt, der sich der wesentlichen Probleme annehmen soll. Darin fordern wir die Einbeziehung der kreisfreien Städte und der Schulen in freier Trägerschaft ebenso wie die volle Kostenerstattung durch das Land gegenüber den Kreisen. Maximal zumutbare Schulwegezeiten sollen landesweit festgeschrieben werden und die Trennungswirkung von Verwaltungsgrenzen aufgehoben werden.

[Link: Kleine Anfrage](#)

Thema: Kultur

Landeshaushalt

Auch im Kulturbereich gefällt uns der Haushaltsentwurf der Landesregierung an wesentlichen Stellen nicht. Unsere Änderungsanträge für den Kulturbereich sind:

1. Erhöhung der Zuwendungen an Theater und Orchester

Hier waren wir natürlich konsequent. Nachdem wir schon im Februar als GRÜNE Fraktion den [Antrag](#) eingebracht hatten, über die FAG-Mittel hinaus weitere 3,6 Mio. Euro für die Theater bereitzustellen, haben wir auch einen entsprechenden Haushaltsantrag gestellt, denn selbstverständlich hat die Forderung, die Theater und Orchester angemessen auszustatten, nichts von ihrer Richtigkeit eingebüßt.

2. Stellenwiederbesetzung im Dezernat für Archäologie und Denkmalpflege

Dieser Antrag war die unmittelbare Konsequenz aus unserem [Antrag](#) im Parlament, die Landesarchäologie auskömmlich auszustatten. Denn das Land kann seine kulturellen Schätze nur für Identitätsstiftung und Qualitätstourismus gewinnbringend einsetzen, wenn das Dezernat für Archäologie die personellen Kapazitäten dafür hat. Das scheint in der Regierung jedoch niemand zu erkennen. Denn der erste Antrag wurde abgelehnt. Die Erfolgsaussichten für den Haushaltsantrag stehen leider auch schlecht.

3. 10.000 Euro für Anschaffung von Kunst und Kulturobjekten des PLM

Das Pommersche Landesmuseum (PLM) sollte in die Lage versetzt werden, weiterhin ohne Sponsorengelder Kunst und Kulturobjekte für die Sammlung anzuschaffen. Die in den letzten Haushaltsjahren angesetzten 10.000 Euro sind im nächsten Doppelhaushalt auf Null Euro gesetzt. Leider war diese Angleichung an die Etats anderer Kultureinrichtungen nicht gewünscht.

Volksinitiative zum Erhalt der Theater und Anhörung

Die erfolgreiche Volksinitiative zum Erhalt der Theater und Orchester im Land zeigte, dass die Kultur im Land den Menschen wichtiger ist, als manche wahrhaben wollen.

Dieses positive Zeichen führte immerhin nach einer Parlamentsdebatte zu einer öffentlichen Anhörung im Kulturausschuss am 16. Mai.

Auf GRÜNE Initiative wurden drei Sachverständige benannt, darunter mit der stellvertretenden Ballettdirektorin des Theaters Vorpommern, Sabrina Sadowska, auch die einzige Vertreterin der Künstler_innen. Abgesehen von wenigen Stimmen, die hinter ihren Budgetzahlen den Wert der Kultur nicht mehr zu erkennen vermögen, verdeutlichten fast alle geladenen Expert_innen die bekannten Probleme und wiesen darauf hin, dass sich etwas ändern muss, wenn die Theater weiterexistieren sollen. Es ist jedoch abzusehen, dass die Landesregierung auch diese Initiative wie gewohnt „aussitzen“ wird. Im Ausschuss wurde die Initiative **gegen** die Stimmen von GRÜNEN und LINKE bereits abgelehnt.

Aufnahme der Klosterkirche Bad Doberan in die Vorschlagsliste zum UNESCO-Weltkulturerbe

Noch vor einem Monat sträubte sich das Bildungsministerium öffentlich gegen die Aufnahme der Klosterkirche in die Tentativliste zum UNESCO-Weltkulturerbe. Jetzt brachten die Fraktionen SPD und CDU diese Vorlage ein und vollführten damit eine 180-Grad-Wende in dieser Angelegenheit. So überraschend diese Vorlage kam, so erfreut war die grüne Landtagsfraktion darüber und unterstützte den Antrag, alle Anstrengungen zu unternehmen, die Klosterkirche Bad Doberan auf die Tentativliste zum UNESCO-Weltkulturerbe zu setzen. Allerdings wollten wir die schwammige Formulierung „schnellstmöglich“ gerne durch das konkrete Datum 01.08.2012 ersetzen lassen. Denn dieser Termin ist der letztmögliche für die Aufnahme in die diesjährige Liste. Dieser Antrag wurde aber merkwürdigerweise von der Regierungskoalition abgelehnt. Sollte das Interesse der Regierungskoalition doch nicht so weit gehen, dass Bad Doberan in direkter Konkurrenz zum Schweriner Schloss auf die nächste Tentativliste kommen soll?

Themen des Wahlkreises und Gesetzesinitiativen

Gesetzesinitiative: Absenkung der Quoren bei Volksabstimmungen

In kaum einem Bundesland ist ein erfolgreiches Volksbegehren und noch mehr ein erfolgreicher Volksentscheid so schwer zu erreichen wie in Mecklenburg-Vorpommern. Wir wollen daher die Quoren dafür halbieren, um den Initiativen endlich realistische Chancen einzuräumen.

Ein erster Erfolg war unserem Antrag auf Änderung der Landesverfassung dabei immerhin beschieden: Er wurde in die Ausschüsse verwiesen, eine zweite Lesung wird folgen. Der Hinweis, dass selbst die Parteien der Koalition bei der letzten Wahl nicht ein Drittel der Stimmen – das derzeitige Zustimmungsquorum bei Volksentscheiden – erreicht haben, sondern nur 29% der Wahlberechtigten, hat in SPD und CDU einige möglicherweise zum Nachdenken gebracht.

[Link: Gesetzentwurf](#)

Atomtransport per Schiff

Zwischen dem 24.05. und dem 04.06. wurden radioaktiv belastete Anlagenteile aus dem ehemaligen KKW Obrigheim per Schiff ins Zwischenlager Nord transportiert.

Landtagsfraktion und Landesverband von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN kritisierten den Transport und seine Durchführung. Wir sehen geltende Sicherheitsbestimmungen für Gefahrguttransporte verletzt und vermissen jegliche Information der anliegenden Gemeinden und der Bevölkerung.

Wir verlangen, dass die EWN sich ihre Sicherheitsanforderungen nicht mehr praktisch selbst schreiben darf. Außerdem bedarf es endlich eines umfassenden Entsorgungskonzeptes für Atommüll, weil sonst der Druck zunehmen wird, das ZLN zu erweitern. Die Landtagsfraktion hat dazu ein Infoblatt erarbeitet. In Greifswald fand am 02.06. eine Kundgebung statt, in Zecherin am 03.06. und in Wolgast am 04.06. gab es weitere Aktionen, um auf die Probleme aufmerksam zu machen.

[Link: Infoblatt](#)

Rückbau des ehemaligen KKW Nord

Dass die Energiewerke Nord ernsthafte Absichten verfolgen, das Zwischenlager Nord länger zu betreiben als in der ursprünglichen Genehmigung vorgesehen, belegen ihre in den Medien nachzulesenden Bestrebungen, die Blöcke des ehemaligen KKW Nord 50 Jahre stehen zu lassen, statt sie fachgerecht zu entsorgen. Eine kleine Anfrage von Ulrike und Jürgen Suhr beantwortete die Landesregierung betont ausweichend und versuchte alle Zuständigkeit von sich zu weisen. Wir halten das für wenig verantwortungsvoll.

[Link: Kleine Anfrage](#)

Karniner Brücke

In der Fragestunde des Landtages erkundigte sich Ulrike nach möglicher EU-Förderung für den Wiederaufbau der Bahnstrecke Ducherow–Swinemünde über die Karniner Brücke. Minister Schlotmann beantwortete dies mit dem untauglichen Verweis auf eine veraltete Nutzen-Kosten-Analyse, die die Reisendenpotentiale zu gering einschätzt und den polnischen Güterverkehr vollkommen ignoriert. Da es andere seriöse Untersuchungen gibt, die einen sehr günstigen Faktor ermittelt haben, werden wir das Thema selbstverständlich weiterverfolgen.

Planungen der Bundesstraße 96n auf Rügen

Zwei Kleine Anfragen stellten wir zu den Planungen der Bundesstraße 96 auf Rügen. Hier wurde einmal mehr deutlich, auf welcher Grundlage in Deutschland Straßen gebaut und geplant werden. Verkehrsprognosen aus dem Reich der Phantasie treffen auf Kostenkalkulationen, die um 100% überschritten werden. Da schon jetzt das bewilligte Geld nicht einmal für den ersten Bauabschnitt reicht, stellt die Fraktion nun folgerichtig den Antrag, die Planungen zu überarbeiten und die Zusammenarbeit mit der DEGES auf den Prüfstand zu stellen.

[Link: 1. Kleine Anfrage](#)

[Link: 2. Kleine Anfrage](#)

Zum Abschluss gilt wie immer: Eure Anregungen und Wünsche sind herzlich willkommen und wir freuen uns auf die Zusammenarbeit mit allen, die an der Gestaltung einer lebenswerten Gesellschaft Freude haben!